

Dresdner Volkszeitung

Verlagsort: Dresden
Sachsen & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Verlagsort: Geb. Wetzsch, Dresden
und Schöne Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden.

Bezugspreis einschließlich Frangos mit den wöchentlichen Beilagen
"Nach der Arbeit" und "Volk und Welt" für einen halben Monat 1 Mk.
Einschulnummer 10 Pf.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wetzsch 10, Frensbacher Nr. 26201. Sprech-
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Verlagsstelle: Wetzsch 10, Frensbacher Nr. 26201 und 12707.
Schließzeit von halb 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 20 mm breite Komposition
30 Pf., die 30 mm breite Komposition 1,50 Mk., für auswärtige An-
zeigen 35 Pf. und 2 Mk. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgebote
40 Proz. Rabatt. Für Kleinanzeigen 10 Pf.

Nr. 229

Dresden, Freitag den 1. Oktober 1926

37. Jahrg.

Der Stahl in einer Hand!

Die Eisen- und Stahlproduktion des Kontinents unter einer Verwaltung!

P. Paris, 30. September. (Eig. Drahtm.)
Die Verhandlungen zur Bildung eines Stahl-
kartells zwischen der Schwerindustrie Frank-
reichs, Deutschlands, Belgiens und Eng-
lands, die am Donnerstag in Brüssel wieder ausgenom-
men worden sind, haben nunmehr zu einer endgültigen Ver-
ständigung geführt. Der Vertrag, der am Donnerstag
nachmittag von den Bevollmächtigten der beteiligten Industrie
unterzeichnet worden ist, soll sofort in Kraft treten.
Das Kartell ist auf die Dauer von vorläufig 5 Jahren ge-
schlossen. Es kontingentiert die Produktion der vier Länder auf
27,5 Millionen Tonnen, die innerhalb der nächsten 5 Jahre all-
mählich bis auf 30,5 Millionen Tonnen gesteigert werden soll.
Belgien, dessen Ansprüche auf eine Erhöhung des ihm ursprüng-
lich zugewiesenen Kontingents den Abschluss der Verhandlung
seit Wochen verzögerte, hat am Donnerstag volle Genehmigung
erhalten. Sein Produktionskontingent ist um 2.000 Tonnen
auf 295.000 Tonnen erhöht worden, nachdem die französische In-
dustrie sich bereit erklärt hat, den größten Teil des Ausfalls
zu tragen. Das deutsche Kontingent erfährt durch die nunmehr
ausgehandelte Einigung nur eine geringfügige Reduktion.

Das Zustandekommen des internationalen Eisenkartells
ist dem Bestreben der Eisenkapitalisten zu verdanken, die Kon-
kurrenz untereinander auszuschalten, dadurch die Preise zu er-
höhen und ihre Profite zu sichern. Im Berliner Tageblatt
führte ein Schwerindustrieller, dessen Name allerdings nicht
genannt wird, aus Deutschland werde im ersten Jahre
mindestens 2 bis 3 Millionen Dollar zu zahlen haben, trotzdem
jetzt das Abkommen für Deutschland günstig, vor allen Dingen
deswegen, weil Deutschland jetzt in der Lage sein werde, den
deutschen Markt zu ordnen. Das heißt also, die deutschen
Verbraucher werden die Kosten des Abkommens zu tragen
haben. Man ist jetzt sicher, dass man von der ausländi-
schen Konkurrenz unterboten wird und die Eisenindustriellen
können die Preise so hoch halten, wie es ihnen beliebt. Die
Gefahren, die das Eisenkartell für die Verbraucher bringt,
sind also nicht gering.

Trotzdem wäre es töricht, wenn man etwa verlangen
mollte, dass die Bildung einer derartigen internationalen
Organisation hätte von der Staatsgewalt verhindert werden
müssen. Ganz abgesehen von der Frage, ob die Staaten
überhaupt imstande wären, den Abschluss derartiger Verein-
barungen zwischen den Industriellen zu hindern, ist es an
sich ein Fortschritt, dass überhaupt die Industriellen der
verschiedenen Länder zusammen arbeiten. Es ist möglich,
dass in den beteiligten Staaten nach einem einheitlichen Plane
die Produktion rationalisiert und damit verbilligt
wird und auch auf die politischen Beziehungen des Staates
kann es günstige Wirkung haben, wenn eine wirtschaftliche
Verständigung zwischen den Nationen erfolgt, die über eine ge-

waltige Wirtschaftsmacht und damit auch über einen erheb-
lichen politischen Einfluss in ihren Ländern verfügen.

Die Aufgabe der Arbeiterklasse kann es daher nicht sein,
derartige Vereinbarungen zu bekämpfen, sie muß aber zu ver-
hindern suchen, daß die international organisierten Kapital-
isten ihre durch den Zusammenschluß gesteigerte wirtschaft-
liche Macht zur rücksichtslosen Ausbeutung von
Arbeitern und Verbrauchern benutzen können.
Dieses Ziel wird am ehesten erreicht werden können, wenn
die Produktionsmittel in den in Frage kommenden Industrien
nicht mehr allein in den Händen des Privatkapitals bleiben.
Gerade deswegen, weil von der Organisation der Herren Groß-
industriellen im Inland die internationale Organisation hin-
zu tritt, die auch auf dem Weltmarkt die freie Konkurrenz aus-
schaltet, ist es notwendig, daß die Allgemeinheit zunächst
wenigstens einen Teil der in Frage kommenden Produktions-
mittel in die Hand bekommt, weil es nur dann dem Staat
möglich sein wird, die Preisgestaltung in genügendem Maße
zu kontrollieren und zu beeinflussen. So beweist die Ent-
wicklung in der internationalen Eisenindustrie, wie notwendig
es ist, daß die Arbeiterklasse im Kampf für ihre sozialistischen
Ziele nicht erlahmt.

Die Stimme der Kriegsgesopfer

T. Genf, 30. September. (Eig. Drahtm.) Auf dem zweiten
internationalen Kongress der Kriegsgesopfer, der am
Donnerstag hier zusammentrat, sind Delegierte aus elf Ländern, die
nicht weniger als 5 Millionen organisierte ehemalige Kriegs-
teilnehmer vertreten. Aus Deutschland sind Delegationen des
Reichsbundes der Kriegsgesopfer und Kriegsteilnehmer, des Reichs-
verbandes der Kriegsgesopfer und Kriegshinterbliebenen und des
Bundes erkrankter Kriegsteilnehmer anwesend. Zu Präsidenten der
Tagung wurden Genosse Rohmann und Chatenet (Frankreich)
gewählt. Der Kongress hat drei Kommissionen eingesetzt: eine zur
Aufstellung eines endgültigen Kongressreglements, die zweite zur Vor-
beratung von Friedensfragen und die dritte zur Behandlung von
Verwaltungs- und Gesetzgebungsfragen, über Pensionen usw.

Vor Aufnahme der Kommissionsarbeiten wurde einstimmig
eine Entschließung angenommen, in der gesagt wird,
daß die Männer, die den Krieg mitgemacht haben und noch an
ihren Leibern Wunden tragen, das Recht und die Pflicht haben,
an der Organisation von vernünftigen Beziehungen
zwischen den Völkern aktiv mitzuwirken;
ferner, daß sie ihrem Absichten vor dem Kriege Ausdruck
geben und als oberstes Ziel ihrer Streben die Sicherung eines
dauerhaften Friedens bezeichnen, der aufgebaut sein soll
auf der Achtung vor den Verträgen und der Annahme der
Schiedsgerichtsbarkeit für die Lösung von Konflikten
zwischen den Staaten.

Der Kongress wird drei Tage dauern.

Die Brennpunkte der Weltpolitik

sch. Brennpunkte: Punkte, an denen sich das Gebilde
entzünden könnte. Und was würde das Sich-Entzünden be-
deuten? Entweder Krieg; oder einen merklichen Fortschritt
auf dem Weltfrieden hin; oder eine merkbare Annäherung an
den Sozialismus. Andere Entwicklungsmomente von gleicher
Wichtigkeit gibt es nicht. Wenigstens nicht für einen Sozial-
isten.

In diesem Sinne gibt es territoriale und aktuelle
„Brennpunkte“. Die territorialen sind Gebiete hoher Span-
nung. Die aktuellen sind Probleme oder Konflikte, die gerade
zwischen den Staaten anhängig sind. Die heutigen terri-
torialen Brennpunkte sind China, Rußland und die Mitte
von Europa einschließlich England.

China braucht der Krieg nicht auszubrechen, denn er
herrscht dort. Seit langem schon ist einigen Gebieten
Chinas — das so groß ist wie Europa! — der Begriff des
wirklichen Friedens unbekannt. Der Bürgerkrieg, der das
Land zerlegt, ist für eine Angelegenheit privaten Er-
geizes und privater Habgier eines Duzens von Generälen
und „Marschällen“ (die Titel bezieht man billig! nämlich von
sich selber . . .). In Wirklichkeit sind die einflussreichsten und
mächtigsten dieser Generale wirkliche Heerführer, und sie
haben ansehnliche Armeen; in Wirklichkeit vertreten sie als
bewaffnete Agenten gewisse Machtsgruppen und Ideen und
werden als solche Agenten unterhalten und bezahlt. Und zwar
unterhält Rußland eine Armee, die zugleich für die vor-
wiegend kommunistische Arbeiterklasse und den Volkswismus
kämpft; ebenso der strenge Rationalismus, der „China den
Chinesen!“ sagt, ebenso Japan, das „China den Japanern!“
denkt, aber „freie Bahn dem Tüchtigen“ sagt. Zwischendurch
laufen dann auch Privatgeizige, besonders auf die Staats-
zentralmacht abzielend. — China ist ein Brennpunkt. Es
können sogar England, Rußland und Amerika, natürlich auch
Japan, hineingezogen werden. Aber entscheidend für
weltpolitische Entwicklungen wird es in der gegenwärtigen
Phase nicht werden. Selbst wenn es hochentwickelt wird, kann
die Entwicklung nicht viel anders kommen als in Rußland . . .
Für einen entscheidenden Punkt liegt es den Brennpunkten
der technischen Zivilisation zu fern.

Rußland steht in der Spannung, ob die oder eine
kommunistisch-sozialistische Regierung sich hält, oder ob sie
erlegt wird durch eine demokratische, und das würde bald
geschehen; durch die Möglichkeit einer reaktionären, großbü-
reaukratisch-fiskalistischen. Das erstere bedeutet: Rußland bleibt
ein, freilich „gefährlicher“, Faktor für den Sozialismus, für
den internationalen Klassenkampf und die Umwandlung der
Wirtschaft. Das zweite: Rußland scheidet aus.

England sieht nie so aus, als ob es ein „Brennpunkt“
wäre. Aber es ist ein Angelpunkt. Und die entzündeten
sich immerhin leichter als die Ruhepunkte der Weltkarte von
der Art der im Weltkrieg unterlegenen Länder oder etwa
Australiens und Brasiliens. Die Weise der englischen Ent-
wicklung ist langsam und leise. Was vor sich geht, scheint
im einzelnen nie entscheidend; aber die Folge der Ereignisse
im größeren Zusammenhang ist es doch! Seit längerem

Wie die Schwarze Reichswehr mordete

Der Fall Bannier — Oberleutnant Schulz und Leutnant Venn geben den Mordbefehl — Der Eid
auf Stillschweigen — Feige Ablegnung — Heime Gerichtsverhandlung

Aus dem Preussischen Landtag wird uns ge-
schrieben:
D. Der Aemerausschuß des Preussischen Landtags
begann am Donnerstag die Behandlung des Falls Bannier.
Der Bericht über den Anfall der Affäre des Falles. Er wies
darauf hin, daß die Gerichtsverhandlung im Falle Bannier ge-
heim geführt worden sei, soweit es sich um die Verhältnisse
der Schwarzen Reichswehr handelte. Die Affäre konnte aber
ruhig öffentlich vorgetragen werden. Der Fall Bannier spielt
bei einem Arbeitskommando in Elzgrund bei Döberitz, beim
Bataillon v. Senden. Leutnant Venn leitete das Bataillon
und erst kurz vor dem Mord wurde es vom Leutnant v. Senden
übernommen. Die Leute gehörten fast ausnahmslos rechts-
radikalen Verbänden; (Wiking, Ehrhardt, Nationalver-
band deutscher Soldaten und der Nationalsozialistischen Ar-
beiterpartei) an. In der Stabkaserne Spandau wurden sie ein-
geschickt und dann über Döberitz nach Elzgrund geschickt. Beim
Bataillon v. Senden diente ein Schütze Bannier, der sich
mehrfach verlobt von der Truppe entfernt hatte. In zwei
Fällen war er nach Berlin zu seinen Angehörigen gegangen.
Er wurde wieder ergriffen. Zum letzten Mal wurde er am
2. Juni 1925, zwei Tage vor seiner Ermordung, zum Arbeits-
kommando zurückgebracht. Die Angehörigen der Truppe waren
über Bannier sehr erregt und er wurde verprügelt. Durch
Zeugenaussagen ist erwiesen, daß

und wurde zur Grube geschleift. Den letzten Schlag ver-
schloß ihm Schmidt, der aber nur wegen Mitternacht verurteilt
worden ist, weil das Gericht annahm, Bannier wäre schon tot
gewesen, als er diesen Schlag erhielt. Die Leiche wurde dann
zunächst vergraben, aber wahrscheinlich auf Befehl des Ober-
leutnants Venn später 100 Meter vom Tatort entfernt in einer
anderen 2,5 Meter tiefen Grube vergraben. Hierbei
wirkte ein Absperrekommando mit,

um unbequeme Zuschauer fernzuhalten. Die Angehörigen des
Kommandos, die wegen Begünstigung angeklagt waren, sind
vom Gericht freigesprochen worden mit der Begründung,
sie hätten „nur dem Befehl ihrer Vorgesetzten gehorcht“. Ein
Mährischer Wädrer ist freigesprochen, weil er damals nicht mehr
zur Formation des Leutnants Venn gehörte und nach seiner
Angabe nur als neugieriger Zuschauer dabei gewesen ist.

Jedenfalls Anhaltspunkte dafür, daß Bannier einen
Verrat an der Sache der Schwarzen Reichswehr verübt hat,
konnten vom Berichtsteller nicht gefunden werden. Bei
der Vernehmung hat Schirman den Leutnant Venn als An-
gestrichelter bezeichnet. Dieser leugnete, überhaupt von der Tat
gewußt zu haben. Schirman habe ihm lediglich gemeldet, daß
der Gefangene Bannier totgeschlagen worden sei. Auf Grund
eines Geständnisses von Schirman konnte die Leiche später
ausgegraben werden. Auch der Schütze Schmidt befragt über
seiner Vernehmung auf die Anklage von Venn. Der zum
Tode verurteilte Polizeiwachtmeister Stein hat ein Geständ-
nis abgelegt und Freiherz v. Senden, Oberleutnant Schulz
und Hauptmann Gutfnecht schwer belastet. Die Ermordung
sei erfolgt auf Befehl des Leutnants Venn, der vorher mit
Hauptmann Gutfnecht gesprochen habe. Gutfnecht hatte zu-
vor mit Oberleutnant Schulz Rücksprache genommen. Venn
und Gutfnecht hätten auch getrachtet, wo die Tat begangen wor-
den sei.

Die Entscheidung sei von der Division gekommen, vom
Oberleutnant Schulz.
Hauptmann Gutfnecht sei dafür gewesen, daß Bannier
zu töten sei. Ein weiteres Mitglied der Schwarzen Reichswehr
namens Wädrer, der Dienst tat als Adjutant beim Oberleutnant
v. Senden, leugnete die Tat, hat aber später zugegeben, als Zu-

schauer der Tat beigewohnt zu haben. Schirman, Stein,
Schmidt, Stehlerberg und Wädrer haben später aus dem Ge-
fangnis Briefe geschmuggelt und Befehle empfangen ohne Wei-
sen eines richterlichen Beamten. Daraufhin wurden sie aus
der Stadtboyrie in das Untersuchungsgefängnis übergeführt.
Mitschuldig befragt über seine Vernehmung sofort auf einen
Befehl vom Leutnant Venn erhaltenen Befehl. Er wie die anderen
Angeklagten machten geltend, daß sie

bei Nichtausführung des Befehls das Schicksal des Bannier
geteilt haben würden.
Hauptmann Gutfnecht befragt alles und wollte
von der Sache „gar nichts wissen“; v. Senden befragt gleich-
falls alles. „Befehligen“ habe bedeutet, eine Tracht
Brügel aussteilen. Feldwebel Stein hat in der Verneh-
mung angegeben, daß er und die übrigen Angehörigen der
Formation auf den Befehl des Leutnants v. Senden vereidigt
worden. Die Eidformel lautete:

„Ich schwöre bei Gott und meinem Leben, daß ich über die
Formation (d. h. über die gesamte Schwarze Reichswehr)
nichts verraten und meinen Vorgesetzten Treue und Gehor-
sam leisten werde.“

Alle Angeklagten sagen, v. Senden und Gutfnecht hätten un-
bedingt von der Sache wissen müssen, die Tagesgespräch im Lager
war. Mehrere Angeklagte behaupten, der ursprüngliche
Befehl müsse vom Oberleutnant Schulz ausgegangen
sein.
Der Bericht wurde dann unterbrochen und in nichtöffent-
licher Sitzung Major Wucherer vernommen, der in seinem
Rufe von der Festung Hollnow gedrückt worden war, wo er
wegen des Ausrücker Luthers seine Wädrer Stellungsbefehl ver-
büßt. Seine Vernehmung wurde zunächst für vertraulich
erklärt.

In der Nachmittagsitzung leitete Abt. Ruttner
seinen Bericht über den Fall Bannier fort. Das Gericht be-
schloß feinerzeit, eine Auskunft des Auswärtigen Amtes
darüber einzuholen, ob die Staatsicherheit nicht gefährdet
würde durch die öffentliche Erörterung der Frage der Arbeits-
kommandos (genannt „Schwarze Reichswehr“). Da sich die
Antwort verzögerte, wurde der Prozeß geheim geführt und
den beim Prozeß anwesenden Personen wurde die Geheim-
haltung von Tatsachen über die Arbeitskommandos zur Pflicht
gemacht.

Nachdem der Berichtsteller eingehend den Verlauf des
Prozesses geschildert und sich mit der Urteilsbegründung aus-
einandergesetzt hatte, vertagte der Ausschuß die Verhandlung
auf Dienstag.